

MiB

DIE LINKE.
Stadtverband Leipzig

Mitteilungsblatt
Nr. 2 - 21. Februar 2012



Naziaufmarsch am 13. Februar 2012 in Dresden blockiert. Foto: www.flickr.com, mf.art

Im Dreiklang

Die Krise wird auch 2012 die politische Großwetterlage bestimmen, jähe Wendungen eingeschlossen. Im weiteren Verlauf erscheint alles möglich: von der Stabilisierung bis zum Zusammenbruch des Euro-Raumes mit gravierenden sozialen und politischen Verwerfungen. In jedem Fall zu erwarten ist eine Zuspitzung der Verteilungskämpfe, begleitet von Auseinandersetzungen um demokratische Teilhabe und die Zukunft Europas. Griechische Verhältnisse sind für Deutschland nicht auszuschließen. Derzeit gibt die Bundesregierung jedoch vor, sich eher am gesellschaftlichen Zusammenhalt zu orientieren als an drastischen Kürzungs- und Umverteilungsmaßnahmen gegen die Mehrheit der Bevölkerung. CDU und CSU inszenieren Themen wie den Mindestlohn, Steuersenkungen oder die Zuschussrente als rhetorische Beruhigungsspillen. In der Realität verbessert sich die Situation der Menschen aber nicht. Für DIE LINKE bedeutet dies eine große strategische Herausforderung: Wir müssen den Wählerinnen und Wählern vermitteln, dass gerade die Beibehaltung der schon lange laufenden schleichenden Umverteilung von unten nach oben das grundlegende Übel ist: Schuldenbremse, Lohndumping, Sozialkürzungen – jetzt auch für ganz Europa – führen uns weiter in die Krise hinein statt heraus.

Wir müssen außerdem davon ausgehen, dass die in Nicht-Krisenzeiten dominanten sozialen und wirtschaftlichen Problemlagen (prekäre Beschäftigung, selektives Bildungssystem, Pflegenotstand, Armutsrenten usw.) weiter an Bedeutung

für Wahlentscheidungen verlieren, wenn die Krise auf das Alltagsleben der Bevölkerung in Deutschland durchschlägt. An Bedeutung gewinnen werden Fragen nach elementarer wirtschaftlicher Stabilität und sozialer Sicherheit (Schutz des Arbeitsplatzes, privater Ersparnisse und Rentenansprüche, Stabilität von Renten und Sozialleistungen usw.), möglicherweise auch Fragen nach der demokratischen Beteiligung an grundlegenden Entscheidungen (Hilfen für überschuldete Staaten, Abgabe von Souveränitätsrechten an die EU usw.).

DIE LINKE braucht eine Melodie, mit der wir alle im Krisenprozess aufkommenden Themen aufgreifen. Diese Grundmelodie besteht aus einem Dreiklang:

1. Löhne, Renten und Sozialleistungen schützen (Bestandsgarantien – überall in Europa);
2. Diktatur der Finanzmärkte beenden/Demokratie erneuern (Staatsfinanzen von privatem Kapitalmarkt abkoppeln; Regulierung);
3. Krisenlasten gerecht verteilen (Vermögensabgabe/Reichensteuer; europäischer Ausgleich).

Immer geht es um Schutz/Bewahrung einerseits und Veränderung/Verbesserung andererseits. Dieser Dreiklang ist die der Zeit angemessene Interpretation unserer Idee sozialer Gerechtigkeit.

Die bisherigen Kernthemen der Partei – Hartz IV, Mindestlohn, Rente, Afghanistan – sollten wir vor dem Hintergrund einer Krisenverschärfung in ihrem Fokus und in der Kommunikation den veränderten Bedingungen anpassen. Beim Mindest-

lohn müsste bei einem Durchschlagen der Krise auf den deutschen Arbeitsmarkt dementsprechend der »Schutz vor Lohnkürzungen« im Fokus stehen, die Kommunikation sich also verschieben von »Niedriglohn abschaffen« auf »Barriere gegen Lohndumping errichten«. Bei der Rente kommen zur Frage der sozialen Verteidigung weitere Fragen hinzu, etwa die nach Schutz von privat erworbenen Rentenansprüchen und Lebensversicherungen.

DIE LINKE kann als parlamentarische Opposition im Gegensatz zur Bundesregierung nicht mit (gesetzgeberischer) Tatkraft bei der Lösung der Krise aufwarten. Wir können eine sozial gerechte Lösung nur erkämpfen. Dabei werden wir jedoch nur erfolgreich sein, wenn es uns gelingt, gemeinsam mit den Gewerkschaften, der Occupy-Bewegung und anderen gesellschaftlichen Akteuren eine breite gesellschaftliche Bewegung für einen Politikwechsel zu formieren. In diesem Sinne sollten wir eine außerparlamentarische Plattform für das Handeln der Menschen selbst sein: mit einer bundesweiten Kampagne, die inhaltlich auf zentrale Alltagsprobleme in der akuten Krisenphase und in ihrer Form auf eine aktive Beteiligung der Parteimitglieder ausgerichtet ist. Dort, wo die Interessen der Bevölkerungsmehrheit von der Regierung missachtet und die demokratische Beteiligung verweigert wird, muss DIE LINKE den Raum für die Artikulation dieser Interessen bieten.

Bundesgeschäftsführer Werner Dreibus

Pleitewelle ebbt weiter ab oder wie man die Statistik schön

Ein fader Beigeschmack bleibt, wenn ich an den Artikel „Pleitewelle ebbt weiter ab“ in der LVZ vom 30. Januar denke.

Für den Rückgang der Zahl der Verbraucherinsolvenzen in Leipzig, schreibt man sich für 2011 die entspannte Wirtschaftslage auf die Fahnen. Es geht aufwärts, die Champagnerflasche scheint bereitgestellt, die Krise überwunden.

Basierend auf den statistischen Zahlen der Wirtschaftsauskunftei Bürgel, ging 2011 die Zahl Insolvenzfälle erfreulicherweise zurück. Doch wer der Statistik glaubt, ist selber schuld, denn er hinterfragt die Ursachen eines solchen Rückgangs nicht konsequent genug.

Fakt ist, dass zum 1. Januar 2011 die frühere Finanzierung der Schuldner-/Insolvenzberatung durch den Freistaat von einer sog. Förderung durch Fallpauschalen, auf eine sog. Projektförderung umgestellt wurde.

Von ehemals 53 geförderten Beratungsstellen, wurden ab 1. Januar 2011 lediglich nur noch 29 über die neue Projektförderung des Landes gefördert.

Zusätzlich verringerten sich in Leipzig auch die Fördergelder für soziale Einrichtungen, was generell nicht dem Boden entspricht auf dem wirtschaftlicher Aufschwung als Ursache für den Rückgang der Insolvenzfälle dauerhaft gedeihen kann. Vielmehr ist davon auszugehen, dass es infolge des Förderungsabbaus einfach weniger Schuldner-/ & Insolvenzberater gibt und es somit zu einem Bottlenecksyndrom kommt, denn ein weniger an Beratern kann kein mehr an Anträgen bearbeiten und den Gang zu den kommerziellen Schuldenregulierern, können sich nur die wenigsten leisten.

In der Armutshauptstadt des Freistaates erscheint eine solche Meldung eher wie eine Verhöhnung der Betroffenen, denn es ist eher zu mutmaßen, dass die Umstellung

der Landesförderung in 2011 nicht den Betroffenen, sondern dem von CDU / FDP verantworteten Landeshaushalt Entlastung bringen sollte, denn ein mehr an Insolvenzfällen, hätte auch ein mehr an Richtern an den Insolvenzgerichten bedeutet und Richter gibt es nicht zum Null-Tarif.

Was sich also hier als „Erfolg“ verkauft, basiert auf einem politischen Lapsus allererster Güte, gerade auch vor dem Hintergrund der volkswirtschaftlichen Sinnhaftigkeit der Verbraucherinsolvenzordnung (Entlastung von Justiz und Unternehmen vor Dauerrechtsverfolgungen mit unklarem Ausgang).

Was sich als Erfolg bezeichnet, ist nichts anderes als ein Aufstauen der Problematik, ein Verschieben der Problemlösung auf Kosten der Betroffenen. Doch auch dieser gezogene Damm wird schon bald wieder brechen, denn für die Betroffenen dreht sich die Armutsspirale weiter. **Frank Elian**

Staatsregierung deckt sozialpolitische Wortbrüche der Bundesregierung bei Pflegereform und Renteneinheit

Zur Antwort der sächsischen Staatsregierung auf zwei Kleine Anfragen „Ergebnisse des Jahres der Pflegereform“ (Drucksache 5/7842) und „Stand der Verhandlungen über die Angleichung des Rentenwertes Ost an den Rentenwert West“ (Drucksache 5/7902) erklärt der Fragesteller und sozialpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE Dr. Dietmar Pellmann:

Mit einem verbalen Trompetenstoß hatte die Bundesregierung das Jahr 2011 zum Jahr der Pflegereform ausgerufen. Das Jahr ist zu Ende, und geschehen ist faktisch nichts. Kurz vor Jahresende wurden lediglich Eckpunkte vorgelegt. Die Staatsregierung ist nicht bereit, diesen eklatanten

Wortbruch zu bedauern oder wenigstens zu kommentieren und deckt ihn damit. Gerade von Sachsen mit der ältesten Bevölkerung von bereits heute durchschnittlich 46,2 Jahren, das sich am frühesten den demografischen Herausforderungen stellen muss, wäre ein wesentlich aktiveres und selbstständigeres Handeln zu erwarten.

Gleiches gilt für das lange überfällige Problem der Angleichung des aktuellen Rentenwertes Ost an den aktuellen Rentenwert West. Den Betroffenen in Ostdeutschland wurde durch die schwarz-gelbe Bundesregierung Hoffnung gemacht, die Rentangleichung in der laufenden Legislaturperiode zu vollziehen. Die Staatsregierung

teilt nunmehr mit, dass die entsprechende Prüfung durch die Bundesregierung noch nicht abgeschlossen und eine Rentangleichung noch in dieser Legislaturperiode „wenig wahrscheinlich“ sei. So steht ein weiterer Wortbruch der Bundesregierung ins Haus, gegen den die Staatsregierung nicht einmal leise protestiert.

Angesichts der wiederholt geäußerten Warnung des sächsischen Ministerpräsidenten vor einer raschen Rentangleichung überrascht das freilich nicht. So werden wohl viele sächsischen Rentnerinnen und Rentner die Herstellung der deutschen Renteneinheit nicht mehr erleben.

Europapolitik – Ein Ausblick für 2012

Die Zukunft der EU, der Wirtschafts- Sozial- und Währungsunion, die Demokratisierung der europäischen Politik sind entscheidende Fragen, die auch in den nächsten Jahren das Leben in allen Mitgliedsstaaten bestimmen wird. Europäische Politik geht aber weitgehend an den BürgerInnen vorbei, obwohl wesentliche Entscheidungen sie konkret betreffen. Deshalb ist es sehr wichtig, dass diese Fragen nicht Merkozy überlassen werden, die sich handstreichartig zu Zuchtmeistern der EU selbst auserkoren haben und die Bürger entmündigen.

Es ist wichtig, dass DIE LINKE sich hier klar und detailliert positioniert. Deshalb werden wir Veranstaltungen durchführen und Aktionen planen. In Sachsen wird am 24. März ein Kleiner Parteitag stattfinden auf dem diese Fragen im Zusammenhang mit konkreten Auswirkungen dieser Politik auf Sachsen diskutiert werden. Wir dürfen Europa nicht Merkel und Sarkozy überlassen! 2012 werde ich mich besonders mit zwei großen Fachthemen beschäftigen: Kohäsionspolitik (Fördermittelpolitik) - 2012 werden alle Verordnungen und weitere Grundlagen für die Fördermittelpolitik ab 2014 beraten und beschlossen. Im Januar liegen die Stellungnahmen der Mitgliedsstaaten

zu den vorgelegten Entwürfen der Kommission vor. Danach geht es im EP in die direkten Verhandlungen. Bis Mitte des Jahres wird sich entscheiden, ob wir in Sachsen wenigstens zwei Drittel der bisherigen Förderhöhe zur Verfügung haben werden oder ein Absturz ins Ungewisse erfolgt. Die Bundesregierung hat sich bereits gegen die von der Europäischen Kommission vorgeschlagene Höhe der EU-Mittel für die Zeit nach 2014 ausgesprochen. Auch wenn es zu der von der Kommission vorgeschlagenen Zwischenkategorie kommen sollte, die eine Übergangsförderung für die aus der Höchstförderung herausfallenden Regionen (komplett Ostdeutschland) beinhalten

Soli-Casinoabend aber Linksjugend Leipzig

Geld für linke Projekte, Verbände und Gruppen ist oft knapp. Deshalb sind kreative Wege der Geldbeschaffung ein nützlicher Weg, um politische Arbeit zu finanzieren. Als Linksjugend haben wir bereits mehrfach Solipartys, deren Gewinn der politischen Arbeit zukommt, veranstaltet, Spenden gesammelt oder Cocktails verkauft.

Am 3. Februar wollten wir das Aktionsnetzwerk „Leipzig nimmt Platz“ unterstützen, das sich in Leipzig gegen Nazis engagiert und im Januar und Februar aktiv an der Organisation des Protestes aus Leipzig in Dresden gearbeitet hat. Dafür haben wir erstmals ein neues Veranstaltungsformat genutzt: Ein Solidaritäts-Casino.

Über den Abend hinweg wurde mit vielen Chips Blackjack, Roulette und Poker gespielt. Zu gewinnen gab es selbstverständlich kein Geld, sondern kleinere Sachpreise wie zum Beispiel Bücher- oder Getränkegutscheine.

Auch der Gewinn aus den an diesem Abend verkauften Getränken floss ein den Solitopf. Musikalisch wurde passenderweise Swing und Jazz gespielt und unsere Kellner_innen waren dem Anlass entsprechend gekleidet.

Neben dem Spaß, den die Teilnehmenden – vor allem natürlich die glücklichen Gewinner_innen – hatten, war das

ganze auch finanziell ein Erfolg: circa 120€ haben wir an dem Abend für das Aktionsnetzwerk „Leipzig nimmt Platz“ zusammen bekommen und haben das Geld bereits übergeben. Aus unserer Sicht lohnt sich eine Wiederholung des Konzepts auf jeden Fall.

Nadja Guld & Steffen Juhran
für die Linksjugend Leipzig



Verfälschung der Arbeitslosen-Statistik: Allein in Sachsen über 100.000 Betroffene mehr als offiziell registriert

Zu den Antworten der Staatsregierung auf die im Zusammenhang mit der Arbeitslosenentwicklung eingereichten Kleinen Anfragen „Nichtberücksichtigung älterer Arbeitsloser in der offiziellen Statistik“ (Landtags-Drucksache 5/7843) und „Sofortiger Bezug von Arbeitslosengeld II nach Verlust des Arbeitsplatzes in Sachsen“ (Landtags-Drucksache 5/7901) erklärt der Fragesteller und sozialpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE Dr. Dietmar Pellmann: Mit einer Reihe von Tricks wird die Zahl der Arbeitslosen auch in Sachsen geschönt. So ist die für Ende Januar aus-

gewiesene Zahl von 234.588 Arbeitslosen dringend korrekturbedürftig. So werden bekanntlich Arbeitssuchende mit Bildungs- und Eingliederungsmaßnahmen oder Inhaber eines 1-Euro-Jobs nicht als Arbeitslose geführt. Gleiches gilt für den nach wie vor großen Personenkreis, der unter Inkaufnahme dauerhafter Abschlüsse vorzeitig in die Altersrente geht. Hinzu kommen in Sachsen fast 9.000 ältere Arbeitslose (nicht berücksichtigt sind die so genannten Optionskreise), die aus der Statistik heraus manipuliert wurden. Wird dies alles berücksichtigt, so lag die eigentliche Zahl von Ar-

beitslosen Ende Januar in Sachsen bei ca. 350.000. Auch die Linksfraktion begrüßt es selbstverständlich, wenn die Arbeitslosigkeit zurück geht und mehr Menschen in Sachsen eine Existenz sichernde Tätigkeit finden. Im Gegensatz zur Staatsregierung beteiligt sie sich aber nicht an Jubelgesängen. Dafür gibt es so lange keinen Grund, wie das wirkliche Ausmaß von Arbeitslosigkeit verfälscht wird. Anstatt weiterhin Beruhigungspillen zu verteilen sollte sich die Staatsregierung auf Bundesebene dafür einsetzen, dass es endlich zu einer realitätsnahen Arbeitslosenstatistik kommt.

soll, wird es Kürzungen in Größenordnungen geben. Die Linke im EP wird sich dafür einsetzen, dass es zu keinen Abbrüchen in der Struktur- und Regionalpolitik kommt. Neben einer Kohäsionstour mit der Landtagsfraktion geplant haben wir eine Regionaltour zum Thema in den westdeutschen Regionen geplant, die ebenso eine Konferenz in NRW einschließt.

Natürlich werden wir auch Änderungsanträge einbringen und eine gemeinsame Positionierung der Fraktion GUENGL erarbeiten. Auch das Positionspapier DER LINKEN zur Zukunft der Kohäsionspolitik wird in diesem Jahr weiter qualifiziert.

Der zweite große Thementeil in diesem Jahr wird der Datenschutz sein: Die Datenschutz-Rahmenrichtlinie kommt im Januar auf den Tisch des Europaparlaments. Der Datenschutz bewegt uns deshalb seit längerem, weil momentan ein Abkommen EU-USA zu den Fluggastdaten in Verhandlung ist. Dieses Abkommen ist momentan nicht mehrheitsfähig, da dieses aus Datenschutzperspektive eine Kapitulation desselben darstellt. Wir als GUE/NGL arbeiten gemeinsam mit den Grünen daran, Mehrheiten gegen dieses Abkommen zu gewinnen. Eine Annahme in der jetzigen Fassung würde jedweden Datenschutz auf der EU-Ebene aushebeln. Wir wollen aus

gegebenem Anlass im Juli in Sachsen eine bundesweite Datenschutzkonferenz durchführen.

Diese Themen werden für mich als Mitglied des Innenausschusses und stellv. Mitglied des Regionalausschusses prioritär sein. Daneben stehen als ständige Aufgaben Fragen der Migration an. Unsere Lampedusa-Ausstellung wird mit Jahresbeginn durch Sachsen touren.

Es liegen viele Aufgaben und Herausforderungen für dieses Jahr vor uns. Ich werde sie anpacken.

Cornelia Ernst

Für eine bunte, aber kenntliche Partei

„Weg mit dem pluralistischen Geplänkel, Einheit der Partei ist die Parole.“, so las ich es in einem Leserbrief an das „neue deutschland“, der sich auf den jüngsten Parteitag der LINKEN und die große Zustimmung zum Programm bezog. Diese Gegenüberstellung ist in meinen Augen ein Missverständnis. Ein Verzicht auf den Pluralismus wäre fatal und selbstverständlich brauchen wir zugleich ein einheitliches Auftreten, insbesondere Geschlossenheit in Wahlkämpfen. Unsere Mitgliedschaft und unsere Wählerschaft sind breit zusammengesetzt. Unsere Wählerinnen und Wähler haben Anspruch darauf zu wissen, wofür DIE LINKE steht. Unser in Erfurt beschlossenes Parteiprogramm macht deutlich, auf welche Traditionen wir uns stützen. „DIE LINKE“, heißt es darin, „knüpft an linksdemokratische Positionen und Traditionen aus der sozialistischen, sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiterbewegung sowie aus feministischen und anderen emanzipatorischen Bewegungen an.“ Wie Vielfalt und Einheit sehr wohl zusammengehen, verdeutlicht unser Parteiprogramm unter anderem am Kampf gegen die faschistische Barbarei, wo Kommunistinnen und Kommunisten, Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, religiös engagierte Menschen und viele andere auch gemeinsam Widerstand leisteten. Als Brücke ins heute heißt es schlussfolgernd: „Der Kampf gegen antidemokratische Positionen, gegen Antisemitismus, gegen Rassismus, gegen die Unterdrückung von Arbeiterorganisationen und gegen Kriegstreiberei ist daher für uns mit einem gelebten Antifaschismus verbunden.“

Auch die in den Jahren 2005 bis 2007 auf den Weg gebrachte Gründung der LINKEN widerspiegelt sowohl Vielfalt als auch den Willen zur Einheit. Im Bericht zur Verschmelzung der ehemaligen PDS und der WASG wird darauf verwiesen: „Die Linkspartei.‘ ist die Partei des Demokratischen Sozialismus in der Bundesrepublik Deutschland. Sie ging in den politischen Umbrüchen des Herbstes 1989 aus der SED hervor. Auf einem außerordentlichen Parteitag im Dezember 1989 brach sie mit dem antidemokratischen Politik- und Parteiverständnis der SED und den stalinistischen Entstellungen der sozia-

listischen Idee. (...) Die Linkspartei tritt ein für Demokratischen Sozialismus als Ziel, als Weg und als Wertesystem.“ Zur WASG heißt es dort: „Die Partei ‚Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative‘ [WASG] entstand in der Konfrontation mit der Politik der rot-grünen Bundesregierung, insbesondere der ‚Agenda 2010‘ des Bundeskanzlers Gerhard Schröder. In der WASG haben sich vor allem aktive Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sowie linke Intellektuelle zusammengefunden, von denen viele aus der SPD, aber auch aus anderen tradierten Parteien der Bundesrepublik kamen. Die Partei orientiert sich an der Leitidee der sozialen Gerechtigkeit und setzt sich für eine solidarische Umgestaltung der Gesellschaft ein.“

Aus unserer Vielfalt können starke Kräfte wachsen. Vorausgesetzt, wir gehen solidarisch miteinander um – junge und ältere Genossinnen und Genossen, solche aus Ost und West, solche mit und ohne Erwerbsarbeit, Heißsporne und Bedächtige, Vorpommern und Oberbayern. Wenn allerdings die Dominanz der eigenen Strömung und der Erfolg über angebliche innerparteiliche Kontrahentinnen und Kontrahenten zur Messlatte werden, sind wir auf einem Holzweg. Und: Nach allen mir bekannten Statistiken, engagiert sich nur eine Minderheit unserer Genossinnen und Genossen in Strömungen. Ich halte das für gut so und handle selbst entsprechend. Aus der Geschichte sollten wir aber auch die Lehre ziehen, nie wieder einer Verteufelung von Fraktionsbildungen das Wort zu reden. Ich würde mich freuen, wenn in der LINKEN viel mehr gestritten wird – allerdings nicht in ideologischen Schlachten, sondern im Ringen um die besten Konzepte und Lösungen. Hans-Ulrich Jörges, Mitglied der Stern-Chefreaktion, den wir unlängst in der Bundestagsfraktion um eine kritische Außensicht auf unser Tun baten, hat Klartext geredet. „DIE LINKE ist unsolidarisch,“ sagte er unter Verweis auf unsere inneren Schlachten und blieb auch einen Tipp für unser politisches Agieren nicht schuldig: Entwickeln Sie auch verständliche, scheinbar kleine Alternativen, war sein Rat. Ich stimme ihm zu. Wir brauchen gesellschaftspolitische Visionen und Ziele, was jedoch einschließlich sollte, eine Partei der konkreten

Schritte zu sein. Nicht immer geht es um alles oder nichts. Deshalb ist es gut und notwendig, dass wir eben nicht nur die Brechung der Bankenmacht, sondern auch ein Girokonto für alle fordern.

Vor über zwanzig Jahren, in der Gründungsphase der PDS, haben wir Arbeits- und Interessengemeinschaften auch mit der Absicht ins Leben gerufen, in diesen Zusammenschlüssen politische Vorhaben über ideologische Differenzen hinweg und unter Einbeziehung parteiloser Menschen zu entwickeln. Das zum Beispiel schwebte mir vor, als ich bei der Erklärung meiner Kandidatur für den Parteivorsitz für eine postideologische, pluralistische und populäre Linke plädiert habe, wofür ich hier und da auch gescholten wurde. Den politischen Ansatz der Arbeitsgemeinschaften sollten wir beibehalten, aber ganz gewiss bedarf es vieler weiterer Formen, in denen sich Parteimitglieder und andere einbringen und einmischen können. Das A und O ist in meinen Augen, dass die Mitglieder der Partei in die Gesellschaft gehen, sich im Kinderladen oder gegen Fluglärm engagieren, in Gewerkschaften und bei Kulturprojekten dabei sind, als Kommunalpolitikerinnen und -politiker mitmischen oder als „normale“ Bürgerinnen und Bürger Stadteitarbeit leisten. Und wir müssen es organisieren, dass die Engagierten von der Partei Aufmerksamkeit und Zuspruch ebenso erhalten wie Rat und Lob.

Zu keiner Zeit stellte und stelle ich das Wirken von Strömungen in unserer Partei infrage. Erst jüngst, in der unsäglichen Aktuellen Stunde zur Beobachtung der LINKEN durch den Verfassungsschutz, meinte Bundesinnenminister Friedrich, CSU, mir vorwerfen zu müssen, dass ich mich für die Existenz der Kommunistischen Plattform (KPF) und der Antikapitalistischen Linken in unserer Partei ausgesprochen habe. Selbstverständlich tue ich das, auch wenn der Bundessprecher der KPF mir erst dieser Tage wieder schriftlich mitteilte, dass wir „prinzipielle Meinungsverschiedenheiten“ haben. Unser Programm nennt den Pluralismus eine tragende Säule unserer Partei und in unserer Satzung heißt es „Die neue LINKE ist plural“. Dabei soll und wird es bleiben.

Politik für den Menschen

Das ist der Anspruch, den Bürgerinnen und Bürger an uns Politiker der LINKEN stellen. Ein Anspruch, der voraussetzt, das Leben und Arbeiten der Menschen zu kennen, sich über ihre Sorgen und Nöte, ihre kleinen und großen Probleme zu informieren. Aber auch ihre Erfolge und Freuden zu teilen, ihre Ideen und Standpunkte zur Kenntnis zu neh-



men, diese gemeinsam zu diskutieren. Und natürlich dort wo möglich Unterstützung zu organisieren.

Deshalb besuchte ich gemeinsam mit Mitgliedern der Stadtbezirksvorstände, Stadtbezirksbeirätinnen und -beiräten, Stadträtinnen und Stadträten und Landtagsabgeordneten unserer Partei Leipziger Vereine, Verbände und Initiativen.

Im Leipziger Westen informierten uns die Verantwortlichen des KMV-Sachsen e. V. einem Verband für Menschen mit körperlichen und Mehrfachbehinderungen, über die jeweiligen Einrichtungen und Angebote, die Probleme und Erfolge ihrer Arbeit. Anschließend konnten wir einen Eindruck über die Arbeit der städtischen Jugend- und Kultureinrichtung KOMM-Haus gewinnen.

In Alt-West informierte uns die Leitung des Quartiermanagements über die weitere Entwicklung des Quartiers Georg-Schwarz-Straße; der Inhaber des neu eröffneten Cafe Geggo lud zum Verweilen ein und informierte über die kleinen und größeren Schwierigkeiten eines Existenzgründers. Beim „Wege e. V.“ in der Lütznauer Straße wurden wir vom Engagement und dem Ideenreichtum der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Betreuung psychisch kran-

ker Menschen und ihrer Angehörigen beeindruckt.

Im Leipziger Nordosten besuchten wir den Verein Schloss Schönefeld, den offenen Freizeittreff „Kirsche“ der Kinderhilfe Leipzig. Beim anschließenden Besuch der städtischen Eigenbetriebe Behindertenhilfe besichtigten wir nicht nur die im Bau befindlichen

zukünftigen Behindertenheime, sondern wurden auch umfassend über die Probleme der Arbeit und zukünftige Planungen informiert.

In Südwest lag unser Schwerpunkt neben der Arbeit des Kinder- und Jugendzentrums „Die Insel“ auf der Situation des Elsterstausee. Auf Einladung des Förderverein Elsterstausee informierten wir uns über die Situation und mögliche Zukunftsszenarien.

Stadtplanung und die Entwicklung der Alten Messe standen im Mittelpunkt eines Arbeitsgespräches bei der LEVG Leipziger Entwicklungs- und Vermarktungsgesellschaft in Leipzig Mitte. Ebenfalls in Mitte nahmen wir die Einladung des Autonomen Frauenhauses Leipzig an und freuen uns, dass wir hier vor Ort ganz konkrete Hilfe leisten konnten.

Aber nicht nur die Besuche und Gespräche bei Vereinen und Einrichtungen nutzten wir dazu, um mit den Leipzigern ins Gespräch zu kommen. Im Stadtbezirk Leipzig-Nord setzten wir am 6. Dezember den Schwerpunkt auf Bürgergespräche, ob am Infostand oder im Wahlkreisbüro von Cornelia Falken.

Im Leipziger Süden nutzten wir die Besuche beim Bürgerverein Dölitz/Dösen, des Kontaktladen „Südpol“ des Jugendhauses Leipzig e. V. und des Werk II zu umfangreichen Informationsgesprächen, aus denen wir viele Hinweise und Anregungen gewinnen konnten.

In Südost beeindruckte uns das große Engagement der vielen ehrenamtlichen Helfer des Allgemeinen Turnvereins 1845 e. V., dem Ausrichter der Hockey-Meisterschaften. Aber auch über die Umsetzung des Bildungspaktes für Kinder und Jugendliche und Probleme bei der Errichtung einer dringend erforderlichen Sporthalle erhielten wir wichtige Informationen und Hinweise. Auch der Besuch beim Bürgerverein Probstheida und die Besichtigung der Projekte des Vereins überzeugte uns wiederholt vom starken, zum größten Teil ehrenamtlichen Engagement der Leipzigerinnen und Leipziger für ihre Stadt und ihre Mitbürger.

Ein Fazit: Politik für die Menschen! Das geht nur mit den Menschen!

Dr. Barbara Höll



Eine Kanzelpredigt – der OBM und der Verkaufsbeschluss perdata

Am 25. Januar hat der Stadtrat mit knapper Mehrheit für den Verkauf der Stadtwerke-tochter perdata gestimmt. Die Linksfraktion stimmte dagegen und führte dafür gute Argumente ins Feld. Doch der Oberbürgermeister kanzelte die Fraktion ab, indem er ihr vorhielt, 2006 selbst den Verkauf angeregt zu haben. Und heute wolle sie das Gegenteil. Leider vergaß er dabei zu erwähnen, dass er selbst im Jahr 2006 mit einem bis dato beispiellosen Druck den Verkauf der Stadtwerkeanteile als völlig alternativlos darstellte und ein Horrorsze-

nario heraufbeschwor, das dann bekanntlich nicht eingetreten ist. Dabei warf er der damaligen PDS-Fraktion ständige Verweigerungshaltung vor. Um dem entgegenzutreten, schlugen wir damals vor, statt die Stadtwerke zu verkaufen, den Verkauf ihrer Töchter zu prüfen. Das lehnte Jung damals ab – die Töchter seien strategisch zu wichtig. Und heute?

Statt des Verkaufs der Stadtwerke erwartet man von ihnen jährlich 65 Millionen Euro Gewinn. Gleichzeitig sollen durch Synergieeffekte Kosten in Millionenhöhe eingespart

werden. Zwei gerade wegen der Synergie gegründete, strategisch wichtige und gewinnbringende Töchter werden nun allerdings verkauft. Logisch ist das alles nicht. Aber Logik ist nicht jedermanns Sache. Ein Oberbürgermeister, der seinerzeit Bürgerbegehren und Bürgerentscheid zum Stadtwerkeverkauf verhindern wollte, sich dann aber geradezu als dessen Erfinder darstellte, ist der beste Beweis dafür. Aber ein 27. Januar kommt nicht nur einmal im Leben vor. 2013 sind Wahlen.

Dr. Ilse Lauter

DIE LINKE bleibt bei ihrer klaren Haltung zur Kultur

Seit elf Wochen liegt das Gutachten der Firma Actori vor. Die Fraktion DIE LINKE hat sich bereits im November damit auseinandergesetzt und eine klare Position bezogen. Eine Abwicklung der Musikalischen Komödie tragen wir nicht mit. Musiktheater für die junge Generation findet in Leipzig bereits statt, und zwar unter dem engagierten Einsatz des gesamten Ensembles der Muko, einschließlich Orchester, Chor und Ballet. Ulf Schirmer hat zu seinem Amtsantritt deutlich gemacht, dass er diesem Profil – der Musikvermittlung – verstärkte Aufmerksamkeit widmen wird. Eine Zusammenlegung mit dem Theater der Jungen Welt hätte aus unserer Sicht keinen innovativen Effekt.

Stattdessen setzen wir auf Einnahmesteigerung durch die Einführung einer Kulturförderabgabe. Leipzig ist ein lukrativer Ort für Kongresse und Tagungen, nicht zuletzt wegen der lebendigen Atmosphäre der Stadt. Seit der Ablehnung unseres Antrages zur Kulturförderabgabe vom Februar 2010 haben viele Städte eine solche Abgabe eingeführt, so dass rechtliche Bedenken kaum mehr überzeugen.

Auch eine Fusion von Oper und Gewandhaus ist langfristig für uns denkbar. Sie spart immerhin 1,3 Mio. € jährlich, ohne Einschränkung der künstlerischen Qua-

lität. Kurzfristig ist dieses Szenario nicht umsetzbar, da Riccardo Chailly und Andreas Schulz eine Fusion ablehnen. Das ist zu akzeptieren. Aber Strukturveränderungen sind Projekte, die über mindestens 10 Jahre gedacht werden müssen. Die Weichen können wir heute stellen.

Darüber hinaus fordern wir den OBM auf, auch die Struktur des Centraltheaters zu überprüfen. Funktion und Struktur des Stadttheaters werden seit geraumer Zeit bundesweit diskutiert, verschiedentlich werden Lösungsansätze erprobt. Auch in Leipzig muss sich das Theater reformieren, um bestehen zu können. Die Suche nach einer neuen Intendant/in verstehe ich als eine Chance, sich als Stadt in diesem Diskurs zu positionieren.

Letztlich sei nochmals darauf verwiesen, dass sich die vieldiskutierte Deckungslücke von 3,7 Mio. € über drei Spielzeiten hinweg anhäuft. Vor diesem Hintergrund finde ich eine moderate Zuschusserhöhung vertretbar, wenn sie denn kurzfristig bei Einführung einer Kulturförderabgabe überhaupt notwendig wird. Man kann doch nicht auf der einen Seite die Nähe zu Gewerkschaften suchen und für höhere Löhne streiten und auf der anderen Seite den Beschäftigten diese Lohnsteigerungen verweigern bzw. sie mit Kündigungen und Strukturab-

bau kompensieren. Auch die Künstler in den Kulturbetrieben sind Beschäftigte mit einer am Tariflohn orientierten Gage.

Selbstverständlich muss im gleichen Moment endlich Klarheit darüber geschaffen werden, wie die 5 % Förderung der Freien Szene sichergestellt werden kann. Hier gibt es fraktionsübergreifenden Konsens. Leider wird der gelegentlich aufgeweicht, wie zuletzt in der Haushaltsdebatte, als die Stadträte einiger Fraktionen, den Haushaltsantrag des Kulturausschusses zur Förderung der Freien Szene von ursprünglich 460.000 Euro auf 150.000 Euro reduzierten.

Wir sind bereit, für unsere Position in der Debatte um die Zukunft der Kulturbetriebe zu streiten. Im Moment ist noch nicht ganz auszumachen, mit wem. Denn die aufgeregten Reaktionen von CDU, FDP und Grünen auf die Äußerung von OBM Jung sind möglicherweise deswegen so laut, um vom Mangel einer eigenen Position abzulenken. Politische Verantwortung erweist sich jedoch sehr viel überzeugender, indem man klar Stellung bezieht. Nach einem engagierten Streit in der Sache wäre auch ein Konsens für die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbar.

Dr. Skadi Jennicke



Im Januar besuchten StudentInnen der Sciences Po Paris, einer der weltweit angesehensten sozialwissenschaftlichen Hochschulen, zu deren Absolventen u.a. François Mitterrand gehörte, im Rahmen eines Forschungsprojektes zur öffentlichen Daseinsvorsorge, Leipzig. Die Mitglieder der internationalen Studentinnengruppe kamen aus Chile, den USA, Südkorea und China.

Da die Erfahrungen und die Rolle DER LINKEN in Leipzig eine wichtige Rolle in ihrem Forschungsprojekt spielt, befragten sie unsere Fraktionsvorsitzende Ilse Lauter und unseren wirtschaftspolitischen Sprecher William Grosser zur öffentlichen Daseinsvorsorge in Leipzig. Das lebhaftes Gespräch in Deutsch, Englisch und Französisch brachte die Vorteile der Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand klar zum Ausdruck.

Tipps und Veranstaltungen

Beratung der Ortsvorsitzenden und Sprecher der Zusammenschlüsse

3. Dienstag, 18:30 Uhr

AG Antifa

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

AG Behindertenpolitik

3. Dienstag, 15:00 Uhr, Wahlkreisbüro MdL Dr. Pellmann, Stuttgarter Allee 16

AG Betrieb & Gewerkschaft

2. Donnerstag, 18:30 Uhr

AG Cuba si

2. Dienstag, 18:00 Uhr

AG Frieden und Gedenken

1. Freitag, 15:00 Uhr

AG Junge GenossInnen

1. Mittwoch, 18:30 Uhr

AG Kunst und Kultur

letzter Donnerstag, 18:00 Uhr

AG Linke UnternehmerInnen

3. Samstag, 10:00 Uhr, Bürgerbüro MdB Dr. Höll und MdL Dr. Runge, Gorkistraße 120

AG Lisa

2. und 4. Montag, 18:00 Uhr

AG Senioren

1. Donnerstag, 9:00 Uhr

AG Soziale Politik

1. Dienstag, 18:00 Uhr, LHL.

GBM e. V. – Sprechstunden

1. Montag, 9:15 bis 11:15 Uhr

GRH e. V. – Sprechstunden

3. Mittwoch, 15:00 Uhr

ISOR e. V.

4. Mittwoch, 16:00 Uhr, Str. d. 18. Okt.

Linksjugend - Plenum

1. Donnerstag, 18:00 Uhr

3. Donnerstag, 18:00 Uhr (Stammtisch)

Ökologische Plattform

1. Mittwoch, 19:00 Uhr

Marxistisches Forum

1. Dienstag, 18:00 Uhr

Rentenberatung

nach telefonischer Vereinbarung

Die Linke.SDS

mittwochs, 19:00 Uhr, Geisteswissenschaftliches Zentrum, Raum 2.116, Beethovenstraße 15

Stadtvorstandssitzung

jeden 2. Dienstag, 19:00 Uhr

Alle Veranstaltungen ohne Ortsangabe finden im Liebknecht-Haus (LHL) statt. Das linxxnet befindet sich in der Bornaischen Straße 3 d. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) hat ihren Sitz in der Harkortstraße 10.

Do., 23. Februar 2012 - 18:00 Uhr

Luxemburg in Schönefeld: „China - Wege einer Großmacht“ mit Dr. Monika Runge, Bürgerbüro, Gorkistraße 120.

Mo., 27. Februar 2012 - 16:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit Stadtrat Sören Pellmann, Wahlkreisbüro Grünau, Stuttgarter Allee 16.

Mi., 29. Februar 2012 - 15:00 Uhr

Bürgersprechstunde und Sozialberatung mit MdL Dr. Dietmar Pellmann, Wahlkreisbüro Grünau, Stuttgarter Allee 16.

Do., 1. März 2012 - 9:00 Uhr

Beratung der AG Senioren: Der Internationale Frauentag mit Gästen, LHL.

Do., 1. März 2012 - 19:00 Uhr

Film- und Diskussionsabend: „Like a pascha“ oder „Warum gehen Männer ins Bordell?“. Prof. Dr. Pates und Dr. Barbara Höll sprechen über den ´salonfähigen Berufszweig´ Prostitution, dessen Folgen und die unbekannt Masse der Freier, Frauenkulturzentrum, Windscheidstraße 51.

Di., 6. März 2012 - 18:00 Uhr

Vortragsabend: „Mit den Muth'gen will ich's halten“. Johanna Ludwig zum Leben von Louise Otto-Peters, Restaurant „Zur aufgehenden Sonne“, Ossietzkystraße 1.

Mi., 7. März 2012 - 16:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit MdL Dr. Volker Külöw und Stadträtin Naomi-Pia Witte, Cafe Lindex, Lindenauer Markt.

Mi., 7. März 2012 - 17:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit Stadträtin Carola Lange, Bürgerverein Volkmarisdorf, Konradstraße 60 a.

Do., 8. März 2012 - 10:00 Uhr

Frauentagsfrühstück mit MdB Dr. Barbara Höll, zur Untermahlung wird die Freitags-

werkstatt einige literarische Kostproben servieren, Wahlkreisbüro Gorkistraße 120.

Do., 8. März 2012 - 19:00 Uhr

Einladung zum Internationalen Frauentag: Christa Wolf – Zum Gedenken und Verstehen, Lesung der AG LISA, MONALiesA e.V., Haus der Demokratie, Bernhard-Göring-Straße 152.

Mo., 12. März 2012 - 15:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit der Fraktionsvorsitzenden im Stadtrat, Dr. Ilse Lauter, Neues Rathaus, Zimmer 184.

Do., 15. März 2012 - 15:00 Uhr

Bürgersprechstunde und Sozialberatung mit MdL Dr. Dietmar Pellmann, Wahlkreisbüro Grünau, Stuttgarter Allee 16.

Fr., 16. März 2012 - 17:30 Uhr

Fidel Castro. Erinnerungen an die Revolution. Die Deutsche Erstveröffentlichung der autorisierten Erinnerungen stellen der Leipziger Lateinamerikawissenschaftler Dr. Peter Gärtner, der frühere DDR-Botschafter in Kuba Heinz Langer und der Journalist André Scheer vor, Ring-Café, Roßplatz 8.

Sa., 17. März 2012 - 11:00 Uhr

Auf Einladung von MdB Dr. Barbara Höll führt Jan Korte eine Buchlesung zum Buch: „Kriegsverrat. Vergangenheitspolitik in Deutschland“ durch, LHL.

Mo., 19. März 2012 - 16:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit Stadtrat Sören Pellmann, Wahlkreisbüro Grünau, Stuttgarter Allee 16.

Mo., 19. März 2012 - 19:00 Uhr

Buchvorstellung „Wahr und Wahrhaftig“ mit der Autorin Karlen Vesper im Gespräch mit Roland Paris, Volkshaus, Karl-Liebknecht-Straße.

Mi., 21. März 2012 - 18:00 Uhr

Bildungsabend: „Zur Bildungsmisere in Sachsen und die Vorschläge der Linkspartei“ mit MdL Cornelia Falken, Stadtteilzentrum Messemagistrale, Straße des 18. Oktober 10 a.

Do., 22. März 2012 - 18:00 Uhr

Dokumentarfilm: „Liebt mich, bitte!“ Dokfilm, Russland 2010. Russische Rechtsextremisten morden Journalistin und Rechtsanwältin. Im Anschluß an den Film Gespräch mit Journalistin und Filmemacherin – im Rahmen Internationaler Woche gegen Rassismus in Leipzig, LHL.

Do., 29. März 2012

Bürgersprechstunde und Sozialberatung mit MdL Dr. Dietmar Pellmann, Wahlkreisbüro Grünau, Stuttgarter Allee 16.

Mi., 4. April 2012 - 17:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit Stadträtin Carola Lange, Bürgerverein Volkmarisdorf, Konradstraße 60 a.

Do., 5. April 2012 - 9:00 Uhr

Beratung der AG Senioren: Der Altenbericht der Bundesregierung 2011, Chancen und Perspektiven der Rentenentwicklung, LHL.

Digitale Fotografie (k)ein Problem

Welche Kamera ist für mich die richtige?

Tipps und Tricks für bessere Fotos durch Gerd Eiltzer. Bitte bringt Eure Digitalkamera sowie die dazugehörige Bedienungsanleitung mit! Die Teilnehmerzahl in beiden Gruppen ist auf 15 Personen beschränkt, bei Bedarf werden weitere Termine angeboten. Einführung in die Digitalfotografie am **5. März** im Liebknecht-Haus in der Braustraße 15, 15:00 Uhr und 17:30 Uhr. Bitte meldet Euch bei Steffi Deutschmann unter Tel. 0341/14064411.



Unter dem Motto „Leipzig spielt“ fand am 11. Februar 2012 das 5. Spielefest im Leipziger Neuen Rathaus statt. Unsere Stadtratsfraktion hat auch dieses Jahr die Möglichkeit genutzt und sich mit einem Spielstand beteiligt. Die Stadträtinnen Birgit Mai, Margitta Hollick, Dr. Skadi Jennicke und Carola Lange betreuten das Märchen-Quiz. Auch Bundestagsabgeordnete Dr. Barbara Höll besuchte unseren Stand und viele, viele Kinder. Insgesamt waren

ca. 4000 Besucher im Rathaus dabei. Wieder einmal musste der Sicherheitsdienst den Besucheransturm lenken. Dies war auch an unseren Stand spürbar; Langeweile hatte keiner von uns. Und nebenbei bemerkt hat unsere Fraktion für die Ratsvorlage „Öffentliche Spielplätze“ einen Änderungsantrag eingereicht, damit sich die finanziellen Mittel zur Sanierung nicht nur auf 250.000€ beschränkt bleiben.

Carola Lange

**filmnächte
2012**

DIE FÄLSCHER
WE FEED THE WORLD ESSEN GLOBAL
the Corporation
ADAMS ÄPFEL
Birkenau und Rosenfeld
WER WENN NICHT WIR
39,90
Roger & Me

www.agjleipzig.de

Filmnächte 2012

18. Februar 2012: We feed the world - Essen global
 24. März 2012: The Corporation
 21. April 2012: Adams Äpfel
 12. Mai 2012: Birkenau und Rosenfeld
 16. Juni 2012: Roger & Me
 14. Juli 2012: Die Fälscher
 8. September 2012: Thank you for smoking
 13. Oktober 2012: Die Anwälte
 17. November 2012: Wer wenn nicht wir
 15. Dezember 2012: 39,90

Beginn jeweils 20:00 Uhr auf dem Dachboden des Liebknecht-Hauses. Weitere Infos unter: www.agjleipzig.de

Für die Renaissance des Judentums in Sachsen

Die Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag unterstützt Initiativen, die sich gegen Antisemitismus, Neofaschismus und Ausländerfeindlichkeit richten. Anlässlich des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2010 haben wir mit dem „Jüdischen Forum beim Deutsch-Russischen Zentrum Sachsen e.V.“ (www.juden-in-sachsen.de) die Arbeitsgruppe „Renaissance Judentum in Sachsen“ begründet, um politische Akteure und Initiativen unter diesem Ziel zusammenzuführen. Das ist ein Beitrag unserer Fraktion, um in „Verantwortung für den Anderen“ tätig zu sein. Wir wünschen allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Woche der Brüderlichkeit in Leipzig einen ermutigenden Gedankenaustausch und angenehmen Aufenthalt.

A. Hahn

Ihr Dr. André Hahn
Fraktionsvorsitzender

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

www.linksfraktion-sachsen.de

Für die schnelle, unauf-
schiebbare Beratung:

Hartz IV

Notruftelefon

01578 - 352 20 14

Mo. bis Sa.

8:00 bis 20:00 Uhr

Impressum:

Herausgeber: DIE LINKE, Stadtvorstand Leipzig,
Braustraße 15, 04107 Leipzig,
Fon: 0341/14 06 44 11
Fax: 0341/14 06 44 18
web: www.dielinke-leipzig.de
email: vorstand@die-linke-in-leipzig.de

Spendenkonto: Sparkasse Leipzig,
Konto: 11 25 50 42 22
BLZ: 860 555 92

Redaktion: Steffi Deutschmann
Christine Halle
Andreas Kermer
Dr. Christina Mertha
Sören Pellmann (V.i.S.d.P.)

Gestaltung: Sören Pellmann
Druck: Stadt Leipzig

Das Mitteilungsblatt erscheint monatlich. Redaktionsschluss für die Nummer 3/2012 ist Donnerstag, 8. März 2012. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnnerhaltende Kürzungen vor.